

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 20. Dezember 1919, Nr. 497.

Fettabgabe. Vom 21. bis 27. Dezember 1919 werden bei den städtischen Schweinefettabgabestellen pro Kopf 12 dkg Schweineschmalz zum Preise von K 10.08 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 171 und der beiden Abschnitte Nr. 171 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote bei der Verschleissstelle ihrer Konsumentenorganisation.

Rechnen für Mindestbemittelte. In der 126. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Bohnen pro Person des Haushaltes zum Preise von K 2.--, und 1/8 kg holländische Kartoffelprodukte pro Person des Haushaltes zum Preise von K 1.50, gegen Abtrennung des mit dem Buchstaben K bezeichneten Abschnittes in den Geschäften und Ständen der Grossschlächtereier an folgenden Tagen: Samstag, den 20. Dezember von A - F, Montag, den 22. Dezember von G - K, Dienstag, den 23. Dezember von L - R und Mittwoch, den 24. Dezember von S - Z. Ausserdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen: XIII., Missindorfstrasse, Hütteldorferstrasse und Penzingerstrasse rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nr. 1 gekennzeichnete Wochenabschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.-- abgegeben werden.

Preiserhöhung für Petroleum. Vom 21. Dezember an wird der Detailverkaufspreis für Petroleum auf K 2.40 per Liter erhöht.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 20. Dezember 1919, Nr. 498.

Sardinenabgabe. Vom 22. bis 31. Dezember werden gegen Abtrennung des Abschnittes „10“ des Einkaufscheines und gegen Verweisung des Mehlbezugscheines Sardinen abgegeben. Jeder Haushalt bekommt 1 Dose oder 6 einzelne Fische zum Preise von K 16.--. Angehörige von Konsumentenorganisationen bekommen die Sardinen bei jener Organisation, bei der sie Mehlbezugsberechtigt sind und werden nicht im Wege der Kaufmannschaft beliefert. - Die Verkaufsstellen der Kaufmannschaft sind durch einen in Schaufenster anzubringenden Streifen mit dem Texte „Sardinenabgabe, 1 Dose zu 200 g oder 6 einzelne Fische um K 16.--“ zu kennzeichnen.

Der Pferdemarkt in der Weihnachtswoche. In der Weihnachtswoche findet der Pferdemarkt nur am Dienstag, den 23. statt und entfällt am Freitag, den 26. Dezember.

Die Gesundheitsverhältnisse in Oktober. Infolge der starken Zunahme der Erkrankungen der Atmungsorgane und der Tuberkulosefälle war der Krankenstand in diesem Monat ziemlich hoch. Auch die Infektionskrankheiten wiesen einen hohen Stand auf, da die Ruhr, der Bauchtyphus stärker verbreitet waren als im Vormonate und auch im Jahre 1918. Von den 1390 Anzeigen, die aus der Zivilbevölkerung einliefen, entfielen 176 auf Scharlach, 155 auf Diphtherie, 82 auf Typhus, 617 auf Ruhr und 100 auf Varizellen. Die Sterblichkeit im Oktober war grösser als im September und auch grösser wie in den Kriegsjahren 1915 und 1916. Insgesamt starben 2793 Personen, wovon auf Tuberkulose und Scharlach 524 entfielen. Das männliche Geschlecht war mit 44.5 und das weibliche um 55.5 % an der Sterblichkeit beteiligt.

Weihnachts- und Neujahrsdienst der Brotkommissionen. Am 24. und 31. Dezember halten alle Brotkommissionen vormittags Dienst, da der Dienst nachmittags entfällt. Am 25. und 26. Dezember und am 1. Jänner entfällt der Dienst in den Brotkommissionen und bleiben die Lokale an diesen Tagen geschlossen.

Abgabe von Äpfeln. Am 22. und 23. ds. werden von der Gemüse und Obst Uebernahmestelle auf den Märkten und in den Markthallen Äpfeln zum Verkaufe gelangen. Die Abgabe erfolgt gegen Durchschneidung des Abschnittes „22“ des Einkaufscheines. Nach Massgabe der Vorräte wird pro Person 1/2 kg abgegeben, jedoch werden auf einen Einkaufschein nicht mehr als 3 kg verabfolgt. Der Preis beträgt 7 bis 9 K pro kg. Die Preise müssen bei den Verkaufsstellen ersichtlich gemacht sein.

Kartoffelabgabe. Die zuletzt aus Polen eingetrossenen Kartoffeln sind durch den plötzlich eingetretenen Frost zum Teil angefroren. Sie können daher nicht in geschlossene Lokale gebracht werden, sondern werden auf den Bezirksmärkten und in den Markthallen zum Preise von K 3.60 pro kg ohne Rayonierung abgegeben. Diese Kartoffeln werden von Samstag bis Mittwoch in den Bezirken 9 bis 12, und 14 bis 21 abgegeben gegen Abtrennung der Abschnitte D und E pro Kopf 1 kg. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Kartoffeln sofort in kaltes Wasser zu legen und bis zur Verwendung dort zu belassen sind. - Im VIII. Bezirk werden von Dienstag bis Freitag, im XIII. Bezirk von Montag bis Donnerstag holländische Kartoffeln pro Kopf 1 kg zum Preise von K 5.-- gegen Abtrennung der Abschnitte D und E in den bisherigen Abgabestellen abgegeben.

„Zewiverba“. Ab Dienstag, den 23. Dezember 1/4 kg Mehl, 1/4 kg Bohnen und 12 dkg Schmalz. Sonst die laufenden Artikel.

Für die Wiener Kinder. Der Jugendfürsorgeverband in Fürth in Bayern hat an Bgm. Reumann ein Telegramm gerichtet, in dem er mitteilt, dass er in der Lage ist, nettleidende Wiener Kinder bei dortigen Familien unterzubringen. Bgm. Reumann hat an den Verband ein Danktelegramm für die opferwillige Hilfebereitschaft abgesendet.

Ein Wiener Geschäftsmann, der sich schon wiederholt durch seine Wohltätigkeit ausgezeichnet hat, der aber ausdrücklich wünscht, daß sein Name nicht genannt werde, hat dem VB. Winter den Betrag von 25.000 K übergeben und es seinem und des Bürgermeisters Ermessen anheimgestellt, wie dieser Betrag am zweckmäßigsten für Wiener Kinder zu verwenden wäre. Im Einvernehmen mit VB. Winter habe ich verfügt, dass diese 250.000 K zu gleichen Teilen von je 50.000 K den fünf Wiener Kinderspitälern übergeben werden sollen, und zwar: Dem Leopoldstädter Kinderspital, dem Rudolfskinderspital, dem Karolinenkinderspital, dem St. Annenkinderspital und dem St. Josefskinderspital. Der Betrag stammt von Geschäftsfreunden dieses Wiener Kaufmannes, der den glücklichen Einfall gehabt hat, seine Geschäftsfreunde auf die Not des Wiener Kindes aufmerksam zu machen und sie zu veranlassen, aus Eigenem etwas für das Wiener Kind zu tun. Nach den Mitteilungen des Kaufmannes ist Hoffnung vorhanden, daß noch weitere namhafte Beträge auf diesem Wege für Kinderwohlfahrtszwecke einlangen werden. Ich spreche dem Spender und seinen Geschäftsfreunden im Auslande im Namen der Stadt Wien das herzlichsten Dank aus.

Das Gebirgsjägerbattillon 42 Schwaben in Kempten im Allgäu teilt mit, daß es aus den Leistungen von der Not Wiens Kenntnis erhalten und beschlossenen hat der Stadt Wien mit Verpflegung etwas beizuspringen. Es wurde daraufhin eine Tagesportion Verpflegung eingespart. Diese soll nun der Stadt als Liebesgabe der bayrischen Gebirgsjäger überschickt werden.

Ein Schreiben des Bezirksvorstehers des V. Gemeindebezirkes besagt, dass ein Ungenannter freiwilliger der Bezirksvertretung für den 5. und 12. Bezirk 12 Waggon Brennholz für Arme dieser Bezirke gespendet hat. Es werden täglich ungefähr 600 dürftige Personen aus den genannten Bezirken mit 30 kg Brennholz beteiligt.

Gespendet haben: Der südafrikanische Hilfsausschuß für Frauen und Kinder in Deutschland und Oesterreich für Weihnachtsbeteiligung von Wiener Waisenkindern 8.000 Mark, Hans J. Moldstad in Bergen, (Norwegen), für die Notleidenden Wiens 5.000 Mark, Karl Jenner in Nottingham für das britische Kinderhilfswerk 5.000 Kronen, Firma A. Molling & Co., Hannover, für Linderung der in Wien herrschenden Not 3620 K, Frau Bianchini in Wien Grand Hotel als Ertragnis einer kleinen Feier für arme Wiener Kinder 3.940 K, Direktor Albert Volmer, Korneby (Schweden), für die hungernden Kinder Wiens nochmals 1000 K, Fritz Zutrauen, Lugano, für die notleidende Bevölkerung Wiens 1000 K, Eduard Jacob, Messina, für Sparküchen oder irgendeine andere Anstalt, welche den Entbehrungen Nahrung zukommen läßt 1000 K (ungestempelt), H. Nordhansen, in Bergen (Norwegen), für arme Kinder Wiens 1000 Mark, Wohlgemuth & Lissner, Küchenverlagsgesellschaft in Berlin für arme Kinder zu Ernährungszwecken 500 K, Luise Wippmann, Berlin-Charlottenburg, für die notleidenden, hungernden Kinder Wiens 100 K, die Einwohner von Altona für die Notleidenden in Wien, 1 Waggon Bohnen und 10 Waggon Weißkohl, Herr Halfdan Helle und Franz Uhrmacher in Bergen, für ein Kinderheim in Wien, drei Kisten mit diversen Lebensmitteln und Kinderkleidern, Hans Iversen, Bergen, für Arme Wiens, 10 Pakete Butter und 1 Kiste Schweinefleisch, Frithjof Ross in Bergen, für die Notleidenden der Stadt Wien, 1 Paket Liebesgaben und die Herren Münz und Weisselberg behufs Linderung der gegenwärtigen Brennholznot zur unentgeltlichen Verteilung an notleidende Arme Wiens 10.000 kg zerkleinertes Brennholz diese Verteilung ist im Zuge und wird im 6. und 14. Bezirk vorgenommen werden.

Der Bürgermeister macht weiters Mitteilungen über die bis jetzt in Wien eingelangten Naturallebensmittelspenden von den ausländischen Hilfsaktionen.

Schließlich teilt der Bürgermeister mit, daß auch eine ganz eigenartige Spende vom Bürgermeisteramt Stopfenreuth in Niederösterreich eingelangt ist. Es sei dies die erste Spende, die vom flachen Lande komme. Sie bestehe aus einer Reihe von Anweisungen, welche Kinder am 23. Dezember dort abholen sollen. Die Anweisungen lauten zum größten Teile auf je 1 kg Fleisch, 3 kg weisses Mehl, 10 kg Kartoffel, 1 kg Backwerk, 1 1/2 Liter Milch und 1 Laib Brot, nur ein kleinerer Teil der Anweisungen laute auf geringere Mengen. Der Bürgermeister sagt, daß er mit der Gemeinde Stopfenreuth noch in Ver-

bindung treten werde, um die Verteilung womöglich auf eine andere Art durchzuführen. Ich glaube schließt der Bürgermeister, daß wir es dankbarst anerkennen müssen, daß diese Gemeinde mit gutem Beispiel vorangegangen ist und ich hoffe nur, daß dieses schöne Beispiel am übrigen flachen Lande entsprechende Nachahmer finden wird.

Schriftführer GR. Jenschik verliest den Einlauf.

Auf eine Anfrage der GR. Josefine Furbacher (chr. soz.) aus der letzten Sitzung betreffend die Neubildung und die Agenden der Frauenarbeitskomitees teilt der Bürgermeister mit, dass die Umgestaltung der Frauenarbeitskomitees in den einzelnen Bezirken dormalen noch im Zuge ist und dass über die Frage, welche Agenden der Frauenhilfsaktion zugewiesen werden und wie diese zu behandeln sind, eine besondere Weisung ergehen wird. Die Ausstellung der Gutscheine, die vor wenigen Wochen den Armeninstituten übertragen wurde, konnte den Frauenarbeitskomitees unsofortiger zugemutet werden, als dieselben schon seit längerer Zeit darüber Beschwerde geführt haben, dass sie mit zuviel Schreibarbeiten belastet sind. Ueberdies befinden sich auch in den Armeninstituten die erforderlichen Kataster, die die für die Ausstellung der Gutscheine wesentlichen Angaben enthalten. Im Interesse der klaglosen Durchführung der den Frauenarbeitskomitees obliegenden Geschäfte habe ich die Bezirksvorsteher ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass für diesen Zwecke ein geeigneter, den Hilfesuchenden leicht auffindbarer Dienstraum mit Beleuchtung, Beheizung, Sitz- und Schreibgelegenheit, wenn nötig im Amtsgebäude des magistratischen Bezirksamtes zur Verfügung gestellt werde. Im gleichen Sinne wurden auch die Leiter der magistratischen Bezirksämter angewiesen, die Frauen bei der Ausführung ihrer Hilfstätigkeit in jeder geeigneten Weise zu unterstützen. Was endlich die Beschwerde hinsichtlich der Speisestelle des Kuratoriums im XVIII. Bezirke Simonygasse betrifft, so berichtet die Zentralstelle, dass das Kuratorium in jeder Speisestelle zwei Beamtinnen bestellt hat, welche darüber zu wachen haben, dass nur solche Personen, die sich mit den von den Frauenarbeitskomitees ausgestellten Monatsspeisekarten und den auf Grund derselben vom Kuratorium ausgestellten Wochenspeisekarten ausweisen, zum Speisenbezug zugelassen werden. Da nach Mitteilung des Kuratoriums das Frauenarbeitskomitee für den XVIII. Bezirk im Monate Dezember keine neuen Speisekarten ausgestellt hat, so wurde im Einvernehmen mit einer Vertreterin des Komitees die Verfügung getroffen, dass im Monate Dezember die Speisen an diejenigen Personen ausgefolgt werden, die im Monate November zum Bezugs berechtigt waren.

GR. Gabriela Walter (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister im Interesse der unbehinderten Fortführung des Unterrichtes in den weiblichen Handarbeitern dahin wirken wolle, dass die Bereitstellung des notwendigen Handarbeitsmaterialies an die Schulen so rasch als möglich erfolge.

Bgm. Reumann: Behufs Beschaffung von Handarbeitsmaterial aus der Sachdemobilisierung wurde bereits im Oktober beim Bezirkschulrate um Bekanntgabe ersucht, welche Arten und welche Mengen erforderlich sind. Da bisher nur von einem Teil der Schulen das Erfordernis bekanntgegeben wurde, kann derzeit der Bedarf noch nicht angesprochen werden. Es wurde jedoch die schleunige Einsendung der noch anstehenden Berichte betrieben und wird die eheste Versorgung der Schulen im Auge behalten werden. Es muss bemerkt werden, dass die Schulleitungen nach Möglichkeit sich nach Möglichkeit mit dem erforderlichen Arbeitsmaterial in Handeinkauf versehen.

GR. Dank (Soz.-Dem.) sagt in einer Anfrage an den Bürgermeister: Nach einem Berichte der Arbeiter-Zeitung vom 18. Dezember 1919 wurden beim Pferdeleischhauer Anton Halal 12. Bezirk Rotentüthlgasse 57 65 kg Wurst und 80 kg Wurstfleisch beschlagnahmt, weil nicht nur rohe behaarte Hautstücke, sondern auch verdorbenes Fleisch und sogar Pferdeaugen darin vorhanden waren. Es wurde auch amtlich die Sperrung des Betriebes verfügt. In höherem Auftrage wurde dann eine Ueberrevision angeordnet, deren Ergebnis merkwürdigerweise die Wiedereröffnung des Betriebes und die Freigabe der beschlagnahmten Waren war, nur wurde dem Fleischhauer Halal aufgetragen, die Hautstücke und andere ekelerregende Stücke herauszunehmen. Da Halal erst vor ganz kurzer Zeit den Gewerbeschein erhielt, obwohl er wiederholt

wegen Ueberschreitung der Ernährungsvorschriften vorbestraft ist, hat diese Verleihung der Gewerberechtigung sowie die Freigabe der gesundheitsschädlichen Ware in der Bevölkerung begriffliche Erregung verursacht.

Bgm. Reumann: Bereits anlässlich des Brechens dieses Artikels in der Arbeiter-Zeitung vom 18. ds. Mts. wurde von mir die Untersuchung der An gelegenheit Anton Halal angeordnet und betrieben. Bis zur Stunde sind die Erhebungen noch nicht vollkommen abgeschlossen, so kann ein endgültiges Urteil noch nicht abgegeben werden kann. Ich werde jedoch nicht ermangeln, über den Fall in der nächsten Sitzung ausführlich zu berichten. Ich werde die Gelegenheit wahr nehmen und Ihnen gleichzeitig einige Vorkommnisse beim Selchermeister Stöhr mitteilen.

GR. Pölzer (soz.-dem.) führt in einer Anfrage an den Bürgermeister aus: In mehreren Schulen Favoritens werden zirka 30.000 Kinder von der amerikanischen Hilfsaktion ausgespeist. Das Essen wird in 2 Küchen für hässliche Ausspeisestellen Favoritens gekocht. Die Zustellung der Speisen hat in dankenswerter Weise die Gemeinde Wien übernommen. Zwei Lastenautos wurden vom 10. Bezirk zur Verfügung gestellt. Dass diese 2 Autos bei der schlechten Bereifung und bei der unglücklichen Witterung den Zustellungsdienst nicht klaglos besorgen können, beweist folgender bedauerlicher Vorfall. Mittwoch, den 17. Dezember mussten bei der bittersten Kälte die Kinder bei den Schulen stundenlang auf das bisschen Essen warten. Die Ausspeisung soll zirka um 12 Uhr auf das bisschen Essen warten. Die Ausspeisung soll um 12 Uhr beginnen und um halb drei Uhr endigen. Am Mittwoch konnte erst um halb 4 Uhr (also mit 4 stündiger Verapötung) mit der Verabreichung des Essens begonnen werden. Um halb 5 Uhr standen noch die Kinder halberfroren im Handflur oder auf den Gängen. So ein Bild ist herzerweichend und man darf sich dann über die Nervosität der Mütter nicht wundern.

Bgm. Reumann: Soweit ich selbst zur Abstellung des Uebelstandes etwa tun kann, wird es geschehen. Sollte die Sache nicht in meinen Wirkungskreis fallen, werde ich mich an die amerikanische Kinderhilfsaktion wenden.

GR. Dr. Glassauer (chr.-soz.) interpelliert darüber, daß im 13. Bezirk Altgasse, ein Stand der Großschlechterei errichtet werde, obwohl sich in nächster Nähe zwei Fleischhauer und zwei Fleischabgabestellen von Konsumentenorganisationen befinden.

Weiters interpelliert GR. Dr. Glassauer darüber, daß in Hause, 13., Penzingerstraße 72, welches von der Gemeinde angekauft wurde, die Adaptierungsarbeiten nicht von einem Baumeister, sondern von der Gemeinde unter Leitung eines technischen Ingenieurs in eigener Regie durchgeführt werden.

Der Bürgermeister erwidert, daß beide Anfragen erst um 2/4 4 Uhr überreicht wurden und daher erst in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

VB. Höck beantragt, dass alle Verarbeiten zur Herstellung eines Parkes an der Stelle des verwüsteten Floridadorfer Anparkes eingeleitet werden und zu diesem Zwecke die angrenzenden Gründe einbezogen werden. Der Bürgermeister wird ersucht mit den Stifte Klosterneuburg die Verhandlungen wegen Pachtung oder Erwerbung des Grundes einzuleiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsübigen Behandlung zugewiesen. Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über die Verlängerung der Laufzeit der 20 Hellerkassenscheine und über den Ankauf von Autoreifen für die Kraftwagen der städtischen Feuerwehr im Gesamtbetrage von rund 28.000 K. Die diesbezüglichen Anträge werden angenommen.

GR. Breitner referiert über den Beitritt der Gemeinde zur Vereinigten Holzverwertung A.G. Er weist darauf hin, daß dieser Beitritt für die Gemeinde von doppeltem Interesse ist, weil die städtischen Unternehmungen im hohen Ausmasse Industrieholz benötigen und weil es wünschenswert ist, eine möglichst genauen Einblick in die Produktion zu gewinnen. Es beteiligen sich auch Ober- und Niederösterreich sowie die Stadt Braunsau an dem Unternehmen. Der Referent beantragt, die Gemeinde möge der genannten Gesellschaft mit 500.000 K. Inhaberaktien unter der Bedingung beitreten, daß der Gemeinde im Verwaltungsrate und im Arbeitsausschusse eine angemessene Vertretung gesichert werde und bezüglich der Höhe der Tantieme und Dividende eine Begrenzung erfolgt, wie sie bei gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen üblich ist.

GR. Dr. Alma Seitz (ch. soz.) macht darauf aufmerksam, daß die Satzungen der Gesellschaft nicht im Einklange stehen mit § 38 des Gesetzes betreffend die gemeinwirtschaftlichen Anstalten und beantragt die Rückverweisung der Vorlage an den Stadtrat.

Der Referent erklärt sich diesem Antrage nicht anschließen zu können, weil in der Vorlage nicht an die Gründung einer gemeinwirtschaftlichen Anstalt gedacht wird.

Bei der Abstimmung wird der Rückverweisungsantrag abgelehnt.

GR. Biber (chr. soz.) schildert die schwierige Lage des Gewerbes und insbesondere des Baugewerbes bereits vor dem Kriege und betont, daß der Kredit, der meist von den Lieferanten gewährt wurde, zu gleicher Zeit eine Geißel für die Gewerbetreibenden war, in dem quantitative und qualitative Beanstandungen in Ausnützung des Kredites nicht berücksichtigt wurden. Diese Verhältnisse haben sich während des Krieges noch verschlechtert. Es ist notwendig eine Organisation zu schaffen, die halbwegs Bürgschaft gibt, daß es dem Holz verarbeitenden Gewerbe möglich ist, Rohmaterial in nötiger Menge bereitzustellen. Der Abfluß des Holzes ins Ausland ist für unsere Gewerbe eine bedeutende Gefahr. Um unser Gewerbe und unsere Arbeiterschaft vor dem Untergang zu retten gibt es nur eines, den Zusammenhalt der entsprechend kapitalkräftigen Unternehmungen. Die vorgeschlagene Gründung ist zumindest ein Weg, der begangen werden kann. Was mich befremdet ist, daß der Referent gegenüber dem Antrag des Magistrates, der auf eine Beteiligung mit 2 Millionen seitens der Gemeinde lautet, bloß eine Beteiligung mit 500.000 K. vorschlägt. Die Interessen des Gewerbes laufen mit jenen der Gemeinde auf diesem Gebiete vollkommen parallel und bei einer geringen Beteiligung kann die Gemeinde den von den Gewerbetreibenden gewünschten maßgebenden Einfluß nicht ausüben. Ich stelle den Antrag, die Beteiligung der Gemeinde auf 1 Million Krowen zu erhöhen.

StR. Breitner (Soz. Dem.) führt in seinem Schlußworte unter anderem aus: Die Gegenseite bringt mich in einige Verlegenheit, indem sie auf der einen Seite die Absetzung <sup>in Referat</sup> verlangt mit der Begründung, als ob es sich um eine Verschleuderung von Gemeingeldern handeln würde, auf der anderen Seite <sup>den</sup> Antrag stellt, doppelt soviel zu investieren. Ich muß mich gegen beides aussprechen. Der <sup>Referat</sup> Antrag ist vollkommen durchdacht. Es würde uns der Antrag vorgelegt, uns an einer Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapitale von 6 Millionen zu beteiligen; 3 Millionen davon werden von öffentlichen Korporationen aufgebracht. Wir haben uns entschlossen dieser Sache beizutreten, weil die Ausschließung vom Bankkapital ausgesprochen ist.

Durch die Formulierung der Tagesordnung ist ein gewisses Mißverständnis bei Frau Dr. Seitz hervorgerufen worden, als ob es sich um eine gemeinwirtschaftliche Anstalt handeln würde. Das war wohl die ursprüngliche Absicht, die aber im Laufe der Verhandlungen verloren gegangen ist. Man hat eine Aktiengesellschaft gegründet, die allerdings gemeinwirtschaftlichen Charakter trägt, aber nicht eine gemeinwirtschaftliche Anstalt im Sinne des Gesetzes ist. Wird sich im Laufe der Entwicklung eine höhere Beteiligung der Gemeinde Wien als wünschenswert und notwendig erweisen, dann wird Gelegenheit sein, darüber Beschluß zu fassen. Ich bitte dem vorliegenden Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

GR. Dr. Alma Seitz (chr. soz.) berichtet tatsächlich, daß sie nicht von einer Verschleuderung des Gemeindevermögens gesprochen hat. *In der Abstimmung wird der Rückverweisungsantrag einstimmig angenommen.*

Ueber Antrag des GR. Breitner wird der Direktion der städtischen Kraft- Stellwagen-Stellwagenunternehmung mit Rücksicht auf die ihr übertragene zentrale Beschaffung und Verteilung des Betriebsstoffes ein Betriebsüberschuss von 3 Millionen Krowen bewilligt.

Nach einem Berichte des GR. Weigl (Soz. Dem.) werden die Theaterwachgebühren für die Feuerwehrmannschaft mit 12 K. für jeden Löschmeister oder Feuerwehrmann festgesetzt.

Ueber Antrag des GR. Weigl wird eine entsprechende Erhöhung des Feuerungsbeitrages, Anschaffungsbeitrages, Additionalzuschläge für städtische Feuerwehrbedienstete beschlossen.

Nach einem weiteren Antrage des GR. Weigl wird der Jahresbeitrag der städtischen Straßenbahnen für die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft auf 2000 K. erhöht.

GR. Weigl berichtet über die Regelung der Dienst- und Lohnverhältnisse der Bediensteten des städtischen Lastfuhrwerksbetriebes, entsprechend Regelung der Dienst- und Lohnverhältnisse der Bediensteten des städtischen Fuhrwerksbetriebes für Straßenpflege. (Angenommen.)

GR. Weigl berichtet über die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses der städtischen Dampfwascherin in der Schrotkassne, über den Ankauf von Solin- und Spiegelglas für die städtischen Straßenbahnen im Gesamtbetrage von rund 2.6 Millionen Krowen und über die Adaptierungen der Stallungen im Hause Weiglasse 11/13 für die Hauptwerkstätte der Straßenbahnen. Die diesbezüglichen Anträge werden angenommen.

GR. Hackl (Soz. Dem.) berichtet über die Gewährung einer Saisonzulage für die Arbeiter des Brauhauses der Stadt Wien im Gesamtbetrage von 120.000 Krowen. Für Arbeiter, die ab 1. Juli 1919 in Betriebe stehen, beträgt die Zulage 200 K., für solche, die seit 1. Mai 1919 in Betriebe stehen 400 K., für solche, die seit 1. September 1918 in Betriebe stehen 600 K., für solche, die seit 1. September 1917 in Betriebe stehen 700 K. und für solche, die vor dem 1. September 1917 bereits in Betriebe standen, 800 K. Die Anträge werden genehmigt.

Derselbe Referent beantragt den Ankauf von 1000 Paar Lederschuhenausleihhilfen für die in der Fürsorge des Jugendamtes stehenden Kinder im Betrage von 50.000 K. Die Anträge werden angenommen.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) beantragt in seinem Referate die Erhöhung der Bezüge der Schriftführer bei den sanitätpolizeilichen Abduktionen auf je 100 K., 60 K. Gehalt und 40 K. Feuerungszulage und die Erhöhung des Verpflegungszuschusses für die Heilanstalt Alland im Gesamtbetrage von 180.000 K. Der bis jetzt festgesetzte Zuschuss von 4 K. wird auf 10 K. pro Kopf und Tag ab 1. November 1919 erhöht. Die Anträge werden angenommen.

Nach einem Berichte desselben Gemeinderates werden 3 Bezirks-Arztambulatorien systematisiert und 3 Stellen in der Abteilung der städtischen Ärzte für Armenbehandlung aufgelassen.

Nach einem Antrage des GR. Kokráš (Soz. Dem.) wird die Aufstellung eines Sackelevators im städtischen Speicher Zwischenbrücken mit einem Kostenaufwande von 45.000 K. bewilligt.

Nach einem Antrage desselben Referenten wird der Kauf von 550 Tafeln Zinkblech für die Instandhaltung der Dächer der Magazine I und V in den Lagerhäusern der Stadt Wien genehmigt.

Ebenso wird nach einem Antrage desselben Referenten die Reparatur von zirka 4000 Stück Kleingebäuden des Brauhauses der Stadt Wien mit einem Kostenaufwande von rund 350.000 K. beschlossen.

Nach einem Bericht des GR. Jordá (Soz. Dem.) wird dem Ansuchen der Österreichischen Lehrersportvereinigung um Beihilfe der Gemeinde Wien bei der Errichtung ihrer Sporthalle auf den ehemaligen Ziegelofengründen in Hernals in der Weise entsprochen, daß die Gemeinde Wien auf ihre Kosten 2/3 des mit 43.000 K. veranschlagten Teil der Bewässerungsanlage herstellt, der von der Rosensteingasse abzweigt.

(17)  
Nach einem Antrage des GR. Fudelf Müller (Soz. Dem.) wird die Pflasterung eines Teiles des Magazines V der Lagerhäuser der Stadt Wien mit Stampftein mit dem Kostenbetrage von 23.475 K. genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Scherach (Soz. Dem.) wird für die Kinderbewahranstalt in Ebenfurth eine Weihnachtsspende von 100 K. bewilligt.

StR. Scherach (Soz. Dem.) berichtet über die einmalige Teuerungszulage für im Kollektivvertrag stehende Bedienstete der Gemeinde Wien. Die Zulage beträgt: a) für alle Bediensteten, welche Familienerhalter sind 600 K., b) für die übrigen Bediensteten mit Ausnahme der jugendlichen und Laufbuzschen 400 K., c) für jugendliche Bedienstete und Laufbuzschen 200 K. Die Auszahlung hat mit tunlichster Beschleunigung noch vor dem 24. Dezember zu erfolgen.

GR. Haidér (chr. soz.): Man sollte meinen, daß für das gesamte Personal, dessen Dienstverhältnis auf Kollektivverträgen beruht, eine einheitliche Regulierung von Lohn- und Teuerungszulagen wünschenswert sein müßte. Im Gegensatz dazu findet man, daß die Straßenbahnbediensteten die einmaligen Zulagen in dieser Höhe, die der Feuerwehr in jener, die des Brauhauses wieder in anderer Höhe bekommen sollen. Diese Art der Lohn- und Gehaltsregulierung unter Bewilligung von Zulagen ist jedenfalls dazu geeignet, die Verwirrung und Unzufriedenheit unter dem Personal immer größer und größer zu gestalten. Mit solchen einmaligen Zulagen ist angesichts der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse dem Personal wohl auch nicht viel geholfen. Es ergibt sich aus einem folgenden Antrage die ungeheuerliche Tatsache, daß der gleitenden Zulagen auch wieder nur gewisse Kategorien teilhaftig werden wollen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß alle Bediensteten der Gemeinde Wien, ob sie nun in das Gruppenchema eingereiht sind, oder ihr Dienstverhältnis auf Grund eines Kollektivvertrages geregelt ist, voll und ganz berechtigt sind, dieser Zulagen teilhaftig zu werden, und daß ganz besonders aber von der Gewährung der einmaligen Zulagen niemand ausgeschlossen werden soll. Auf einen in der vorletzten Stadtratsitzung von Kollegen Vaugoin und mir gestellten Antrag, auch den Kollektivverträgern diese einmaligen Zulagen zu geben, wurde beantwortet, daß die Frage der Regulierung für im Kollektivvertrag stehende Bediensteten und besonders soweit es sich um die einmaligen Zulagen handelt, auf einer demnächst stattfindenden sogenannten Industriellenkonferenz behandelt werden wird. Wir waren uns schon damals nicht klar darüber, wie es möglich sein sollte, für städtische Bedienstete durch eine industrielle Konferenz Zulagen zu bekommen. Der Referent hat uns mit dem Zwischenruf geantwortet, daß die Kollektivverträger größere Zulagen bekommen werden, als die in das Gruppenchema eingereihten und daß die Kollektivverträger überhaupt höhere Bezüge haben. Diese Behauptung des Referenten entspricht nicht den Tatsachen. Redner gibt als Beispiel die Berechnung der Bezüge eines Straßenbahnbediensteten bei 10 jähriger Dienstzeit mit zwei Kindern und fährt fort: Wenn wir uns für eine gleichmäßige Behandlung des Personals einsetzen, wird von sozialdemokratischer Seite behauptet, wir treiben Visitationspolitik, Parteipolitik u. a. w. Die Tatsachen aber beweisen, daß wir nicht Visitationspolitik und Demagogie treiben, sondern wohl begründete und berechtigte Forderungen bis jetzt aufgestellt haben und auch für die Zukunft aufstellen werden. Ich richte bei dieser Gelegenheit an die Majorität das Ersuchen, endlich auch dem Wunsche des Personals in dem Sinne Rechnung zu tragen, daß das gesamte Personal in das Gruppenchema eingereiht wird. Die Behauptung, daß diese Zulagen im Einverständnis mit den Vertrauensmännern und dem Personal bewilligt werden, entspricht nicht den Tatsachen. Ein grosser Teil der Bediensteten weiß von dieser Vorlage überhaupt nichts, geschweige denn, daß er sich einverstanden erklärt hätte. Es ist richtig, daß Ihre Organisationsvertreter mit ihnen verhandelt habe, aber daraus folgt noch nicht, daß diese Vorlage im Einverständnis mit allen Vertrauensmännern und dem gesamten Personal erstellt worden ist. In den Kreisen der betreffenden städtischen Bediensteten herrscht ungeheure Erbitterung, daß man ihnen die einmaligen Zulagen in derselben Höhe wie die der anderen Bediensteten verenthält. Wenn Sie sich zu dem Standpunkte bequemen würden, auch die Minorität zu berücksichtigen, wären wir nicht genötigt, Ansprüche auf Erhöhung zu stellen. Wir erwarten auch daß der bekannte Antrag Vaugoin demnächst in Stadtrate behandelt werde.

GR. Schorach (Soz.-Dem.) verweist in seinen Schlussworte gegenüber J. Haider darauf, dass dieser in der letzten Sitzung des Gemeinderates zwar den von ihm erwähnten Antrag gestellt habe, dass aber mit Hinblick auf die Ausführungen in der Gemeinderatsitzung vom 28. November die von Seite der Minorität gemacht wurden, gar nicht daran gedacht werden konnte, dass man über das in der heutigen Vorlage festgesetzte Mass hinausgehen könnte. Von Seite der Minorität sei erklärt worden, dass es unmöglich und undenkbar ist, neue Bezüge für die in Kollektivvertrag stehenden Angestellten zu geben wenn die betreffenden Betriebe ohnehin im Defizit stehen. Auf einer Seite zu behaupten, es sei ein Unrecht, etwas zu geben, weil die Unternehmungen im Defizit stehen, auf der anderen Seite Anträge zu stellen, die über das mögliche Mass hinausgehen, sei unverständlich. Redner sagt, er wisse, dass die Anforderungen der Angestellten noch nicht erschöpft seien. Die jetzige Regelung reiche nur bis Weihnachten. Die Kollektivverträge der städtischen Angestellten werden dann den Verhältnissen bei der Privatindustrie angepasst werden. Wir seien immer noch nicht am Ende der Preisbewegung. Man habe in den Zeitungen davon gesprochen, dass die 200 Millionen Kronen, die die Regierung monatlich daraufzahlen muss, auf die staatlich bewirtschafteten Artikel <sup>also</sup> auf die Konsumenten umgelegt werden sollen. Das ergebe 57 K per Kopf der Bevölkerung. Diese werden in der Zukunft von dem Volke getragen werden müssen. Es werde daher, solange die Verhältnisse so sind, nichts anderes übrig bleiben, als von Fall zu Fall etwas für die Angestellten zu tun. Wenn man aber der Arbeiterschaft das Recht zu leben anerkennt, dann müsse man auch die Mittel schaffen, die Arbeiterschaft entsprechend zu bezahlen. Man müsse der Bevölkerung klar machen, dass die Kommune Wien sowie alle anderen Unternehmungen entsprechende Preise verlangen muss, um ihre Arbeiter zu bezahlen.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen.

Vize-Bgm. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

Nach einem Antrage des StR. Speiser (Soz.-Dem.) wird eine Ergänzung zu § 38 der allgemeinen Dienstordnung betreffend die Anrechnung bezahlter Krankengelder auf den Gehalt beschlossen.

Nach einem weiteren Antrage des GR. Speiser wird beschlossen, zur Gewährung von Zuwendungen an bedürftige Heinkkehrer aus den Kreisen der städtischen Angestellten ohne Unterschied, ob sie der Dienstordnung unterworfen sind oder ob ihr Dienstverhältnis durch Kollektivvertrag oder durch anderweitige besondere Abmachung geregelt ist, ein Betrag von 250.000 K bewilligt.

Die Verteilung hat nach den Vorschlägen der Heinkkehrersektion der städt. Angestellten zu erfolgen.

Ebenfalls nach einem Antrage des StR. Speiser wird der Veranschlag für die finanziellen Bedürfnisse der Karl Döhlischen Fortbildungsschule für Mädchen für 1919/1920 genehmigt und zur Deckung des sich voraussichtlich ergebenden Abganges ein Beitrag der Gemeinde von 68.000 K gewährt.

Bgm. Reumann referiert über die Gewährung einer Subvention von 30.000 K an den Denbauverein. Bereits in April des Jahres wurde von diesem ein Ansuchen um eine Subvention eingebracht, das aber bis heute nicht erledigt wurde. Seitdem hat sich die finanzielle Lage des Vereines ungemein verschlechtert. Der Denbauverein ist auch an das Staatsamt um die Gewährung einer Subvention von 100.000 K herangetreten, von dem aber bisher nur 10.000 K angewiesen wurden. Bei der Gewährung der Subvention handelt es sich auch darum, eine Reihe hochqualifizierter Arbeiter zu erhalten, die in der Ausführung von gethischen Ornamenten bewandert sind. Eine Betriebsunterbrechung an den Arbeiten des Stefansdomes eintreten zu lassen, wäre nicht angezeigt.

GR. Kudolf Müller (Soz.-Dem.) begrüsst die Vorlage und weist darauf hin, dass der Verein auch vom Staate und von <sup>Land</sup>and, von letzteren allerdings sehr gering subventioniert wird. Die Gemeinde leistet zwar das meiste, wenn es auch nur ein Tropfen auf einen heissen Stein ist. Die Arbeiterschaft wird äusserst schlecht bezahlt, ihre Bezahlung steht unter dem Kollektivvertrage.

Es ist auch notwendig, dass an dem Dome umfassende Reparaturen durchgeführt werden; viele Arbeiten und Untersuchungen sind notwendig, die viel Geld kosten. Die Reparaturarbeiten an dem Dome sind in den sechziger Jahren durchgeführt worden, es wurde zum Grosseil Zement verwendet und jetzt fallen ganze Stücke ab. Es wurde auch seinerzeit ein Staderweiterungsfond gebildet, der auch zu den Reparaturarbeiten sowohl an dem Dome als auch an den Baudenkmalern in Wien verwendet werden könnte. Dieser Fond müsse Eigentum der Gemeinde werden.

GR. Retter (chr.-soz.) möchte die Angelegenheit als Historiker beurteilen und betont, dass der Stefansdom ein Wahrzeichen der Stadt Wien ist. Man könne sich Wien nicht ohne den alten Steffel vorstellen. Er wünscht, dass dem Denbauverein, wenn es möglich sei, eine grössere Subvention gegeben werde.

Bgm. Reumann hebt in seinem Schlusswort die seltene Uebereinstimmung der beiden Parteien in dieser Angelegenheit hervor. Was den Staderweiterungsfond anlangt, so wünsche er nicht, dass dieser zu Reparaturen verwendet werden solle. Es werden an ihm ganz andere Forderungen gestellt werden müssen. Es ist bereits alles vorgekehrt, dass die berechtigten Ansprüche der Stadt Wien beachtet werden müssen. Die Angelegenheit des Staderweiterungsfondes müsse in einer Weise geordnet werden, die den Interessen der Stadt Wien entspricht. Was eine Erhöhung der Subvention anlangt, so wird der Gemeinderat in kurzer Zeit wieder Gelegenheit haben, darüber zu beraten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen.

Vize-Bgm. Hess übernimmt den Vorsitz.

Nach einem Antrage des VB. Emmerling wird die Erwerbung von 1000 Stück Hochspannungsisolatoren aus der Sachdenkmobilisierung um den Betrag von 32.762 K genehmigt.

VB. Emmerling beantragt die Bewilligung von Zuschusskrediten zu Ankäufen für das historische Museum der Stadt Wien und zur Erwerbung von Schreibmaschinen.

Weiters wird nach einem Berichte des VB. Emmerling die Wiederinstandsetzung des Gleise über den Putzgruben der beiden eisernen Wagenhallen im Bahnhof Sinnerung genehmigt.

Es wird hierauf die Debatte über die Anträge des Vize-Bgm. Wanter, Organisation der Schweizer Kinderzüge und Durchführung der Aktion Wiener Kinder nach Südtirol aus der letzten Sitzung fortgesetzt.

GRin Gabriele Walter (chr.-soz-) spricht sich gegen die gegenwärtige übliche Art der Verteilung der Anmeldebogen aus, da dadurch den Leuten unnötige Laufereien und den Schulen manche Schreibereien verursacht werden. Es sei auch die Kontrolle nicht ganz einwandfrei, da die Möglichkeit vorhanden sei, dass ein Kind an mehreren Stellen angemeldet werde. Rednerin fährt fort: Ich möchte ersuchen, dass das Anmeldewesen entsprechend geregelt werde, und glaube, dass dies am besten durch die Leiter der Schulen und Kindergärten möglich sei. Es kommt vor, dass Kinder es verstehen, zwei oder auch dreimal in einem Jahre an einer solchen Kinderhilfsaktion teilzunehmen. Es ist gewiss diesen Kindern zu gönnen, aber andererseits schädigen sie dadurch andere Kinder, die zurückbleiben müssen. Bisher wurden nur Kinder von 8 bis 14 Jahren mitgenommen, in jüngster Zeit wird auch Kindern von 4 Jahren aufwärts die Mitnahme gestattet, ausgeschlossen erscheinen Kinder insofern sie nicht Lehrlinge oder Lehrlinge sind, von 14 Jahren aufwärts. Darum wäre es gewiss auch wünschenswert, wenn diese Aktion auf Jugendliche bis zu 16 Jahren ausgedehnt würde. Zum Schlusse möchte ich erwähnen dass die Kinder immer getrennt von der Mutter sein müssen. Rednerin stellt zum Schluss den Antrag: Eine zweckentsprechende Regelung der Anmeldung für die Kinderhilfsaktion in den Schulen ehestens durchzuführen, um eine möglichst grosse Zahl von Kindern an einem Erholungsaufenthalt teilnehmen zu lassen. Zu vermeiden, dass ein und dasselbe Kind mehrmals berücksichtigt werde und entsprechende Vorsorge zu treffen, damit erholungsbefürdigte Kinder gemeinsam mit ihren Müttern einen Landaufenthalt geboten werde.

GR. Thaller (Soz.-YDem): Es wäre auch auf jene das Augenmerk zu richten, welche schon die Schule verlassen haben. Jene, die zwischen 14 und 18 Jahren in Fabriken arbeiten müssen und die ebenso unterernährt sind, wie die Schulkinder. Ja, das Elend ist bei diesen noch viel grösser. Ich will zum Beweise dessen nur einige Ziffern anführen. Zwischen dem 6. bis 10. Lebensjahre beträgt die Sterblichkeit 55%. Vom 11. bis 15. 95%, von 16. bis 20. 180%. Bei den Kindern ist vor allem in Rücksicht zu ziehen, dass sie dadurch, dass man sie in die Schweiz, nach Holland oder nach Südtirol vor dem schlimmsten Feinde, der Tuberkulose, schützt. Die Tuberkulose fordert die meisten Opfer, wie statistisch nachgewiesen ist, im Alter von 16 bis 20 Jahren. Es zeigt sich auch, dass mit zunehmendem Alter das Untergewicht zunimmt. Bei Kindern mit 6 Jahren beträgt das Untergewicht durchschnittlich 3 einhalb Kilogramm, mit 9 Jahren 5 einhalb Kilogramm, mit 14 Jahren 9 Kilogramm. Bei all den Fürsorgeaktionen wird aber immer nur die schulpflichtige Jugend einbezogen. Ein kleiner Anfang wurde zwar schon im Jahre 1918 in dem Kaiser-Karl-Wohlfahrtswerke gemacht, welches auch einen Teil von Lehrlingen aufs Land brachte. Unter diesen 1043 Lehrlingen mussten 364 ins Spitalspflege kommen, und fast alle waren mit irgend einem chronischen Leiden behaftet. Dies zeigt, dass auch die Jugendlichen etwas geschehen muss. Auf Betreiben der Jugendlichen selbst wurde neuer für mehr als 5000 Lehrlinge Erholungsaufenthalte geschaffen. Auch die Gemeinde Wien hat neuer etwas für die Jugendlichen gemacht. Die Lehrlingsfürsorgeaktion des Fortbildungsrates hat einige 100 Lehrlinge nach Ober-Hollabrunn und einige 100 Lehrlingmädchen nach Aspern gebracht. Er tritt dafür ein, dass auch die Jugendlichen, die das Kriegselend mitgemacht haben, zur Erholung ins Ausland geschickt werden und ersucht den Referenten sein Augenmerk darauf zu richten.

Vize-Bgm. Winter weist in seinem Schlussworte darauf hin, dass schon in der letzten Sitzung des Gemeinderates von Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller bedauert wurde, dass sich die Bavernechaft und insbesondere die niederösterreichische Bavernechaft nicht der Kinder erbarme. Es ist ein wunder Punkt, dass wir unsere Kinder ins Ausland schicken müssen und die Mütter empfinden es schwer, ihre

Kinder weggeben zu müssen. Es wird eine notwendige Folgerung sein, dass die Bavernechaft hier zu Lande, die Not der Stadt Wien erkennt und ihre Türen und Stuben den armen Kindern öffnet und ihnen von ihren Lebensmitteln gibt. Allerdings hat die Gemeinde Wien in dieser Beziehung keine Machtmittel in der Hand und es können hierbei nur die guten ethischen Grundlagen Veranlassung dazu geben. Redner bittet die Herren und Damen, die politische Verwandtschaften besitzen, diese im Sinne der Kinder auszunützen. Was den Antrag der Gemeinderätin Walter betrifft, so ist diesem durch die Einsetzung eines Verbindungsgliedes mit der Schweiz entsprochen worden. Betreffe den Einfluss des Jugendamtes auf die Absendung der Kinder muss gesagt werden, dass es bisher nur möglich war, in Italien, in der Schweiz einen solchen Einfluss zu nehmen. In Holland, in Schweden bestehen eigene Komitees, die die Auswahl und Unterbringung der Kinder selbst vornehmen und leiten. In Holland spielt in dieser Beziehung auch noch die Teilung der Konfessionen eine grosse Rolle. Dort leisten die katholischen, evangelischen und jüdischen Komitees gute Arbeit. In Dänemark hat der österreichische Jugendreichsbund bisher alle Arbeit geleistet. Er hat sich des Jugendamtes insofern bedient, als er sich vom Jugendamte die Lebensmittel für die Reise zuschieben liess. In Schweden geht die Versendung der Kinder von einem eigenen Komitee aus. In dieser Beziehung werden Bemühungen bezüglich der Einflussnahme des Jugendamtes fortgesetzt.

Bei dieser Gelegenheit weist der Referent auch darauf hin, dass in der Bevölkerung die Meinung besteht, dass die eingetroffenen Liebesgaben noch vor Weihnachten in den Händen der zu Beteiligten sein werden. Die Bevölkerung macht sich hierbei von der grossen Arbeit bei der Verteilung keinen Begriff; es ist ausgeschlossen, dass alle zu Beteiligten die Liebesgaben auf den Weihnachtstisch bekommen werden können. In erster Linie werden die 15.000 Kriegswitwen in Wien in Betracht gezogen, von den schwedischen Liebesgaben werden Familien mit 2 Kindern einundeinhalb Kilogramm und ein halbes Kilogramm Speck, in Familien mit vier Kindern werden drei Kilogramm Brotmehl und ein Kilogramm Speck bekommen. Daran wird sich die Beteiligung der Frauen der Kriegsgefangen

langen, der Vermissten und der Invaliden schliessen, die wo-  
möglich zwischen Weihnachten und Neujahr erfolgen wird.

Für die Kinder, die in Anstalten untergebracht sind, werden ver-  
schiedene süsse Liebesgaben zur Verteilung kommen werden, was  
noch vor Weihnachten möglich sein dürfte. Daneben läuft eine  
Aktion der Schweiz in Schweden für alle Kinder, die heuer  
in diesen Ländern waren, Liebesgaben bekommen werden. Diese Lie-  
besgaben sind Kisten mit 40 und 60 Kilogramm und die Kinder  
werden sich diese Liebesgaben durch einen Dienstmann abholen  
müssen. Für diese ungefähr 20.000 Kinder wird also auch noch  
vor Weihnachten vorgesorgt werden. Es ist auch vorgesorgt, dass  
alle gedacht wird, und dass auf eine gute Organisation eine  
Doppelbeteiligung vermieden wird.

In diesem Sinne bittet der Referent den Antrag der GRin Walter  
(chr.-soz.) und des GR Rummelhardt (chr.-soz.), der dahin geht, mit  
den ausländischen Liebesgaben auch die Lehrlings- und Abendheime  
der jugendlichen Arbeiter zu beteiligen, als Resolutionsanträge  
zu fassen und ihnen die Zustimmung zu geben.

GRin Walter hat auch den Wunsch ausgesprochen, dass auch Kinder  
über 14 Jahre bis 16 Jahre und GR Thaller hat den Wunsch ausge-  
sprochen, dass auch Jugendliche über 16 Jahre in die Aktion Kinder  
ins Ausland aufgenommen werden sollen. Es ist bisher über die  
Aufnahme von jungen Lehrlingen nichts gesagt und gehört worden.  
Referent richte von hier aus den Aufruf, es möge sich das Ausland  
auch dieser beiden Schichten annehmen, die zur Hoffnung Oester-  
reich gehören, dass Arbeiterjugend könne der Staat nicht bestehen  
und die Worte, die seinerzeit ~~xxxxxx~~ Sektionschef Dr. Kaup in  
Deutschland gesprochen hat, dass die Altersstufen zwischen 14 und  
18 Jahren, die von der Tuberkulose Gefährdetsten sind, richtig sind.  
Schweiz nimmt derzeit nur Kinder bis zu 12 Jahren, Holland bis  
zu 14 Jahren, Schweden bis zu 15 Jahren auf. In diesem Sinne richtet  
Redner, an das Ausland die Bitte, auch Jugendliche in seine Hilfe-  
aktionen aufzunehmen. Wenn wir aus der Not und Gefahr herausgear-  
beitet haben werden, dann wird auch für uns das Wort gelten „Geben  
ist seliger, denn nehmen.“

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, die  
Anträge Walter und Rummelhardt genügend unterstützt.

V. Winter berichtet über die Beitragsleistung der Gemeinde  
Wien zur Regelung der Brennholzgewinnung im Wiener Walde und be-  
tont, dass er heute an Ort und Stelle erfahren hat, dass die Maß-  
nahmen, die die Landesregierung zum Schutze des Wiener Waldes  
getroffen hat, sich als durchaus wirksam erweisen. Es ist der  
Bevölkerung sehr zu danken, dass sie das ihr gegebene Gesetz achtet.  
Wie mir heute <sup>in Dorbach</sup> Wachbeamte gesagt haben, geht der Ordnungsdienst gut  
und es sind sehr wenige Konfiskationen möglich. Etwa einen Kilo-  
meter weiter ~~von der~~ Stadt entfernt ist der Wiener Wald sehr  
mitgenommen. Der Pfarrwald, die Hänge beim Kordon im Haltetertal und  
die Hänge zur Knödelhütte sind ganz abgeholzt. Wir haben schon  
schwere Verluste erlitten, ~~er~~ beispielsweise ist der Wald, der  
gegenüber dem Kordon auf Schottenbesitz beginnt, in den vor 10  
Tagen Menschen eingedrungen sind und Bäume gefällt haben, nicht  
weiter verwüstet worden, und es werden nur die vom Forstorgane be-  
zeichneten Bäume gefällt. Wir haben alle Ursache, das nicht nur  
anzuerkennen, sondern auch das Wort der Anerkennung an die Bevöl-  
kerung zu richten, die sich der großen Mühe unterzieht, unter sol-  
chen Umständen selbst Holz aus dem Walde zu holen, um nicht ihre  
Kinder erfrieren zu lassen und selbst zu erfrieren. Eine Frau, die  
fünf Kinder zu Hause hat, verdient die größte Hochachtung, dass  
sie in den Wald geht, um ihren Kindern die Wärme zu bringen, die  
wir ihr als Gemeinwesen durch die Kraft aller nicht geben können.  
Wir können die Stadt Wien, die auf Kohlenheizung eingestellt war,  
nicht auf einmal mit dem nötigen Brennholz versorgen. Die Landes-  
regierung hat ursprünglich geglaubt, dass die Kosten der Überwachung  
in Betrage von 2 Millionen allein zu Lasten der Gemeinde Wien fallen  
sollen. Durch Verhandlungen ist es gelungen, dem Beitrag der Ge-  
meinde auf 500.000 K herabzusetzen. Ich bitte uns die Möglichkeit  
zu geben, dieses Rettungswerk des Wiener Waldes, das mit soviel  
Erfolg in Angriff genommen worden ist, fortzusetzen. Wir hoffen,  
dass es uns gelingen wird, den Wiener Wald vor weiterer Verwüstung zu  
retten. Was unter der Aufsicht der Forstverwaltung geschieht, ist  
zwar auch eine sehr starke Durchholzung des Waldes, aber es er-  
möglicht uns die Wiederaufforstung. Was aber bisher geschehen ist,  
war der Tod des Wiener Waldes. Wir werden der Bevölkerung durch einen  
einmütigen Beschluss unseren festen Willen kundgeben, das kostbare  
Gut des Wiener Waldes in Zukunft den Wienern zu erhalten. (Lauter  
Beifall links).

GR. Körber (chr. soz.) fragt, ob es notwendig gewesen sei, daß der schöne Wiener Wald so weit dem Vandalismus zum Opfer gefallen ist. Es sind sehr viele Unterlassungen vorgekommen, denn sonst wäre es nicht soweit gekommen, daß die Bevölkerung friert. Unter den Leuten, die hinausgegangen sind, waren sehr viele Schleichhändler, die glänzende Geschäfte gemacht haben. Die Schleichhändler werden sich auch nicht um die Vorschriften der Verordnung über die Kennzeichnung der Bäume kümmern, sondern die Bäume eventuell selbst abstreichen; wenn sie geschnitten sind, sieht man das Merkmal überhaupt nicht mehr. Redner bemängelt auch die Bestimmung der Landesregierung, die die Einhaltung dieser Vorschrift durch Polizei, Stadtschutzwache, Volkswehr und Ordner zu überwachen vorsieht. Es wäre besser, wenn man die Leute, Arbeitslose u. s. w. heranziehen und ihnen auf den gewöhnlichen Taglohn noch etwas darauf geben würde, damit sie die Bäume fällen und das Holz dann auf die Lagerplätze nach Wien kommt und hier den armen Leuten zur Verfügung gestellt wird. Die Bevölkerung ist nicht eingerichtet darauf, in der rauhen Winterzeit im Walde Holz zu fällen. Wir hören immer von Unglücksfällen. Wir haben schon im Vorjahre auf diesem Gebiete ersprießliches vorgekehrt und Sie hätten nur anzuknüpfen gebraucht an diese Organisation und sie weiter auszubauen, es ist aber nicht geschehen. Eine Holzkommission haben Sie zwar eingesetzt, ich weiß aber nicht, ob sie auch schon konstituiert ist. Ich will die Gelegenheit auch nicht vorübergehen lassen ohne gegen die staatliche Forstverwaltung ebenfalls Klagen zu führen. In den staatlichen Forsten wäre noch Holz genug abzuholzen, das bekommt nicht die Gemeinde, sondern ganz andere Leute. Die Bevölkerung hungert nicht nur, sondern friert auch und Ihre Pflicht ist es ihr aus dieser Notlage herauszuhelfen.

GR. Kunschak (chr. soz.): Ich bin leider nicht in der Lage, die optimistische Auffassung des VB. Winter hinsichtlich des Wiener Waldes beizupflichten. Trotz der Ueberwachung blüht der Schleichhandel mit Holz weiter und wird nach wie vor mit größter Ungenauigkeit betrieben. Die Wache ist gegenüber diesen Elementen völlig wehrlos. Es gibt da wirklich nur eine Möglichkeit, der Bevölkerung soweit es nur geht, Holz von Gemeindefeldern zur Verfügung zu stellen. Wenn die Not behoben wird, dann werden auch die Forsten der Not außer Spiel gesetzt. Uebrigens ist in dieser Frage viel zu spät eingegriffen worden. Der Plan, dem Sie jetzt vorliegen,

ist nicht neu, denn schon vor langer Zeit hat GR. Angeli ähnliche beantragt, sein Antrag wurde aber nicht genehmigt. Die Praxis zeigt, daß die Holzschläger nicht unbedingt in die Reihen der Kräfte herangezogen werden müssen, sondern man je die Arbeitslosen zu dieser Arbeit heranziehen. Die Unfälle sind ja nicht nur durch die nicht auf die Holzfälle zurückzuführen, sondern darauf, daß der Wald ganz wild und leichtfertig gearbeitet wird. Aber auch ein anderer Faktor sollte herangezogen werden, nämlich unter dem alten Regime immer Kontakt eingriff, wenn Elemente herangezogen eintreten, nämlich die Wehrmacht. Ich sehe nicht ein, warum jetzt nicht die Volkswehr der Republik diesem Dienst erweisen sollte. Es könnte sich noch etwas handeln, daß die notwendigen Fachleute dazu gehören, welche den ganzen Arbeitsplan in geordnete Bahnen bringen. Es würden sich in der Volkswehr selber genug Leute finden, welche bei technischen Truppen gedient haben und deshalb Qualifikation besitzen, den Aufsichtsdienst und die Leitung bei einer solchen Arbeit übernehmen zu können. Wenn sie nicht genügend haben, bin ich überzeugt, daß sie unter den Tausenden von Gagisten, die heute zum großen Teil ein eländes Leben zu führen gezwungen sind, Leute finden, welche sich bereit erklären, nicht nur ihre Erfahrungen als Offiziere bei technischen Truppen zur Verfügung zu stellen, sondern welche auch bereit wären, mit Hand anzulegen an der Bewältigung der Arbeit. (Zustimmung rechts, Gegenrufe links). Ich kann mich nur erinnern, daß Offiziere in Zillingdorf als einfache Arbeiter gearbeitet haben; aber die Volkswehrmänner habe ich bis heute noch keinen einzigen gesehen. (Lebhaft Zustimmung rechts, Gegenrufe links). Ich stelle den Antrag: Der Bürgermeister wird ersucht beim Staatsamt für Heerwesen zum Zwecke der Holzgewinnung und Holzbringung eine Kommando-Volkswehrmannschaft und die erforderlichen Arbeits- und Transportmittel anzusprechen. Der Gemeinderat bewilligt für Lohnaufbesserung an die beteiligte Volkswehr einen Betrag von 500 K. (Lauter Beifall rechts).

GR. Frohakka (Deutschnational) spricht sich gegen den Antrag aus und betont: Um die Schlägerungen im Wiener Wald endlich zu verhindern, gibt es nur eine rascheste Zuführung von Holz. Wir können uns auch von den Transportmitteln unabhängig machen, indem wir den Donauweg benützen. Wir würden auch große Kosten für zerbrochene Fensterscheiben bei der Strassenbahn ersparen, die schon mehr als 3 Millionen ausmachen. (Zustimmung rechts).

für notwendig befunden ist, in Tage der für die Holzklau-  
züge einzuschalten, so können die Holzklauzüge zur regelrechten  
Holzbringung einstellen. Ich stelle den Antrag: Die Gemeinde  
Wien möge die Hchlägerung des Bürgerspital Waldes bei Spitz a. d.  
Donau unverzüglich in Anspruch nehmen und die Zufuhr, solange die  
Donau eisfrei ist, auf dem Wasserwege veranlassen.

VB. Winter (zum Schlußwort): Die beiden ersten Redner haben  
es mir nicht sehr leicht gemacht, daran zu glauben, daß es Ihnen  
mehr um die Holzbringung als um das Parteiinteresse zu tun ist.  
(Erregte Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Oh! Holz wollen  
wir haben!) Seien Sie nicht so erregt! Sie haben es mir nicht sehr  
leicht gemacht anzunehmen, daß der Wunsch nach einem Parteierfolg  
bei Ihnen lebendiger ist, als der Wunsch zur Rettung des Wiener  
Waldes. Beim Wiener Wald handelt es sich um eine Sache, die uns  
alle angeht, und die gegenüber alles Parteiinteresse zurück-  
gestellt und nur das Interesse der Gemeinde Wien in Betracht gezogen  
werden darf. Ich rufe nochmals auf, durch ein einstimmiges Votum  
uns in der Verteidigung des Wiener Waldes behilflich zu sein. Ernst-  
liche Maßnahmen, den Wiener Wald zu retten, können nur darin bestehen,  
daß Holz nach Wien gebracht wird. Wenn Sie das nicht der Bevölkerung  
sagen, dann treiben Sie Parteipolitik.

Gegen das Ende des Schlußwortes des VB. Winter entsteht wegen  
eines Zwischenrufes des GR. Kunschak eine ziemlich erregte  
Szene. GR. Kunschak rief nämlich: Ein Herr sitzt im Gemeinderat  
und macht Geschäfte mit der Holzstelle. Dieser Zwischenruf  
löst stürmische Erwidierungen bei den Sozialdemokraten auf. Auf  
die Zurufe: Das ist eine Lumperei, Namen nennen, sagt GR.

Kunschak Der Thonner! Dies ruft neuerliche stürmische  
Szenen hervor. Von der Linken und von den Christlichsozialen  
fallen zahlreiche erregte Zwischenrufe.

Bgm. Reumann stellt endlich durch energische Lüften die  
Ruhe her und sagt: Herr GR. Kunschak wollen Sie das zurückziehen.

GR. Kunschak (chr. soz.): Ich habe hier nur konstatiert,  
daß GR. Thonner keinen Grund hat, sich so in den Vordergrund zu  
schieben, weil er in der Holzstelle mit der Gemeinde  
Geschäfte macht. Und Sie machen diese Geschäfte.

Neuerliche erregte Zwischenrufe bei der Majorität: Persön-  
liche Geschäfte haben Sie gesagt. Das ist ein Rückzug!

GR. Thonner (Soz. Dem.): Ich konstatiere, daß ich nicht  
als Mitglied der Holzstelle Geschäfte gemacht habe, weder in  
meinem Namen, ~~noch~~ noch in einem anderen Namen. Ich habe  
lediglich die Wiener Konsumvereine vertreten, die 250.000 Haus-  
halte mit Brennholz zu versorgen haben, und die genau so ein  
Recht auf Holz haben, wie irgendein Holzhändler. Ich habe weder  
persönlich noch für eine Gesellschaft, noch für die Konsumvereine  
Geschäfte gemacht, im Gegenteil das Holz, das bezogen wird,  
wird der Gemeinde Wien zum festgesetzten Preise bezahlt.

Darauf tritt wieder Ruhe ein und es berichtet noch StR.  
Siegel (Soz. Dem.) über die durch die Gemeinde im nächsten Jahre  
zu besorgende Räumung der Rohrleitungen, schließbaren Kanäle  
und Senkruben.

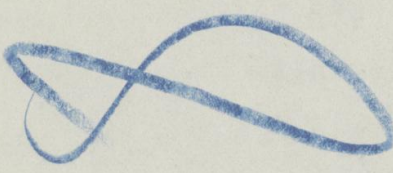
G. F. Breuer (chr. soz.) stellt den Zusatzantrag, daß die Räu-  
mung durch die Gemeinde Wien „unter Heranziehung der hierzu ge-  
setzlich berechtigten Gewerbeinhaber“ zu erfolgen habe.

GR. Siegel betont in seinem Schlußworte, daß die Majorität  
aus Sozialdemokraten besteht und daher sobald es möglich ist, die  
Absicht hat, bestimmte Gewerbe oder Arbeiten, die besondere  
Gemeinde interessieren, zu kommunalisieren. Eines jener Gewerbe,  
das für die Kommunalisierung am allerehesten reif ist und wozu die  
Gewerbetreibenden in dieser Branche nicht wenig beigetragen ha-  
ben, ist das Kanalräumergewerbe. Ich bitte daher den gestellten  
Zusatzantrag abzulehnen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen  
und der Zusatzantrag des GR. Breuer abgelehnt.  
Die Sitzung wird sodann abgebrochen.

Bgm. Reumann: Da der Gemeinderat in diesem Kalenderjahre heute  
raussichtlich zum letzten Male beisammen war, drängt es mich, den  
Gemeinderäten ohne Unterschied der Partei und den übrigen freige-  
wählten Organen der Gemeindeverwaltung, ferner den Beamten und An-  
gestellten der Stadt Wien für die hingebungsvolle Arbeit, die sie  
während des zur Neige gehenden Jahres unter den schwierigsten Ver-  
hältnissen im öffentlichen Interesse geleistet haben, meinen  
wärmsten und innigsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Die furcht-  
bare Notlage, in die wir durch die ~~xxx~~ Folgen des entsetzlichen  
Krieges gedrängt worden sind, hat unser ganzes Wirtschaftsleben





zerüttet und es bedarf der Anspannung aller Kräfte, um Stadt und Land vor dem täglich drohenden Untergang zu retten. Dieser aufreibende Kampf, der sich täglich zur Erhaltung der bloßen Existenz wiederholt, nimmt unsere ganze Arbeitsenergie in Anspruch und erfordert restlose Hingabe und strengste Pflichterfüllung derer, die sich den öffentlichen Aufgaben gewidmet haben. Der eine Gedanke jedoch entschädigt die im öffentlichen Dienste stehenden Funktionäre für ihre Mühe bei Erfüllung ihrer derzeit nicht immer dankbaren Aufgabe: Es ist das Bewusstsein alles getan zu haben, was im Bereiche der Möglichkeit gelegen und geeignet ist, die Sorgen und Leiden der schwerbedrückten Bevölkerung zu mildern. Was unsere Bevölkerung in den letzten Jahre ertragen und erduldet hat, ist im höchsten Maße bewundernswert und wir beugen uns vor der Größe dieses Volkes, das stark sich im Unglück bewiesen hat, wie kein anderes auf der ganzen Erde. Wenn noch Recht und Menschenliebe waltet, so muß unserem bedrängten Volke sehr bald Hilfe geboten werden, ehe es zu spät ist. Das ist zugleich der Wunsch, den ich unseren Mitbürger und Mitbürgerinnen zur Weihnacht, die sich für uns leider so traurig gestaltet, und zum Jahreswechsel darbringen möchte. Möge das neue Jahr die Völker einander näher bringen, damit uns die Möglichkeit gegeben werde, als Menschen zu leben und arbeiten zu können zum Wohle der Gesamtheit. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Eine Weihnachtsjause der „Schwedenkinder“ im Rathause.

Die schwedische Kolonie in Wien veranraltete heute nachmittags im Festsale des Wiener Rathauses über Initiative des Direktors Holmgren eine Jause für jene Wiener Kinder, die im heurigen Jahre in Schweden waren. Hiezu hatten sich eingefunden der schwedische Gesandte Ewerlöf, der Vorsitzende des Schwedenvereines in Wien Konsul Olofson, Statthalter Roos samt Gemahlin aus Schweden, der als Delegierter des schwedischen Roten Kreuzes in Wien weilt, Bürgermeister Reumann samt Gemahlin und Wizebürgermeister Winter. Der Bürgermeister begrüßet die Herrn und sprach denn mit fast sämtlichen der zur Feier erschienenen Kinder.

In der Turnische des Festsales war ein mächtiger Christbaum aufgestellt, geschmückt mit Fähnchen und Bändern in den schwedischen Nationalfarben und von zahlreichen Lichtern bestrahlt. Die Kinder, die an weissgedeckten Tischen Platz genommen hatten, wurden mit Chokolade und mit Kuchen bewirtet, winer Weihnachtsspende aus Schweden, welche zwei Damen aus Stockholm besorgt hatten. An den Tischen im Saale hatten 1000 Kinder Platz ommen und die Gallerien waren von den Eltern und Angehörigen der Kinder besetzt. Während der Jause spielte die Volkwehrrmusik des Kreises F (Rossauerkaserne) unter der Leitung des Kapellmeisters Josef Karl Richter.

Nachdem die Kinder die Jause eingenommen hatten, hielt der schwedische Gesandte an die Kinder folgende Ansprache: Liebe Kinder! Im Namen der schwedischen Kolonie, welche Euch heute eingeladen hat, heisse ich Euch herzlich willkommen. Ihr habt diesen Sommer Gelegenheit gehabt, unser schönes Land persönlich kennen zu lernen. Ihr waret Gäste in vielen hunderten verschiedenen schwedischen Heimen; dort oben sitzen jetzt alle die schwedischen Väter und Mütter und Kameraden, welche Euch persönlich lieb gewonnen haben und ihre Gedankenw eilen oft bei ihren kleinen österreichischen Gästen und sie fragen sich besorgt, wie es ihnen denn weiter gehen mag in der hungernden und frierenden grossen Stadt. Das Band welches zwischen ihnen und Euch geknüpft wurde, wollen

wir, die hier lebenden Schweden, noch dadurch stärken, indem wir heute bei diesem Weihnachtsfeste Euch unsere schwedische Heimat und das schwedische Land in Euß Gedeächtnis zurückrufen. Schweden, die ~~xxx~~ Mesrumschlungene Halbinsel, im Süden mit seinen reichen Ackerfeldern und weiten Horizonten, nördlicher die wechselreichen Birken und Tannenwälder, mit stillen tiefen Seen und anmutig waldbewachsenen Höhen, die roten Bauernhäuser versteckt im Grünen, die Güter und Schlösser, die grösseren Städte mit ihren wohlgepflegten Scheunhäusern, Kirchen und öffentlichen Gebäuden, die wasserumströmte Hauptstadt am Vereinigungspunkte des Mälarsees mit dem Meere, umgeben von Inseln und Schären und draußen in der Ostsee von den Welln umspielt, die große Insel Gättland mit ihrer alten Hauptstadt Visby kurz alles, was wir lieben und was Euch gern und lieb geworden ist. Das schwedische Volk ist ein hochherziges und gerne bereit Hilfe zu leisten anderen Ländern, wo die Not herrscht. Aber ich glaube versichern zu können, daß die Hilfe für das österreichische Volk und die Wiener Kinder eine ganz besondere Herzenssache bei uns geworden ist. Die Sympathie in unserem Lande für die Oesterreicher ist eine allgemeine und große und wenn ~~xxx~~ <sup>ich</sup> einen Grund dafür angeben soll, dann muß ich sagen, daß Ihr Kinder dies vollbracht habt. Ohne die persönliche Bekanntschaft mit den Wiener Kindern während Eures Besuches in diesem Sommer wäre nicht ein so großes Interesse für die Einsammlungen, welche jetzt in ganz Schweden zu Gunsten von Oesterreich stattfinden, erreicht worden. So wurde ein inniges Band der Freundschaft und Bruderliebe zwischen dem schwedischen und dem österreichischen Volke geknüpft. Im Namen aller derer, die in Schweden heute an Euch denken, im Namen der hiesigen Schweden und des ganzen Volkes wünsche ich Euch allen ein gutes gesegnetes Weihnachtsfest.

Die Musikkapelle intonierte hierauf die schwedische Hymne, welche von den Kindern mitgesungen wurde.

Bgm. Reumann hielt sodann folgende Ansprache: Als Bürgermeister der Stadt Wien halte ich es als eine unabweisbare Pflicht, die ich mit ganz besonderer Liebe erfülle, in erster Linie der schwedischen Regierung unter deren Protektorat dieses große Liebeswerk in Schweden inszeniert worden ist, den herz-

lichsten und wärmsten Dank der Wiener Bevölkerung auszusprechen. Es drängt mich diesen Dank auch dem Hilfskomitee zu entbieten, ganz besonders aber der schwedischen Bevölkerung, welche so außerordentliches geleistet hat im Bezug auf die Hilfe, die sie der Stadt Wien und den Kindern dieser Stadt geleistet hat. Wenn je von der Hilfe eines ganzen Volkes gesprochen werden kann, so trifft dies bei der schwedischen Hilfsaktion ganz besonders zu. Nicht nur die reiche Bevölkerung Schwedens hat sich daran beteiligt, sondern auch die ärmsten Kreise haben ihr Scherflein mit beigetragen. Das erfüllt uns mit einer tiefen Rührung, denn es zeigt, daß wirkliche Liebe die Hilfsaktion geleitet hat. Eben deshalb ist sie uns so besonders wertvoll geworden, deshalb aber auch, weil diese Hilfsaktion die Grundlage ist zu einem Freundschaftsbande, das die Völker Oesterreichs und Schwedens verbindet. Tief in die Herzen der Kinder eingepflanzt ist durch die Hilfsaktion die Liebe zu Schweden geworden und niemand wird vermögen diese Liebe aus dem Herzen der Kinder herauszureißen, die kennen gelernt haben, was Völkerliebe heißt. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die heutige Feier auch so recht dazu angetan, die niedergedrückte Bevölkerung von Wien zu erheben und sie hoffen zu lassen, daß auch für Wien wieder bessere Tage kommen werden. Nochmals den herzlichsten Dank des Bürgermeisters und der gesamten Wiener Bevölkerung.

Die Kinder sangen hierauf das schwedische Nationallied:

„ Da gamla Du fria ”.

VB. Winter sagte sodann: Als Verwalter des Kinderschutzes der Stadt Wien obliegt es mir einige Worte im Namen derer zu sprechen, denen die Liebe der Schweden in so ungeheurer Masse Jahre zuteil wurde. Ich freue mich, darüber, weil ich weiß, daß unsere Kinder aus dem schönen herrlichen Schwedenland zurückgekommen sind, nicht mit dem Gefühle, daß sie als Bettlerkinder aufgenommen wurden, überschüttet und beladen mit einer Wohltätigkeit, an der schwer zu tragen ist, sondern daß sie hinausgekommen sind, als von Brüdern und Freunden gerufen und zurückgekommen beladen mit der Freundschaft und Brüderlichkeit, von welcher schon der Herr schwedische Gesandte gesprochen hat. Im Her-

zen unserer Kinder hat sich das gelbe Kreuz auf blauem Felde, die schwedische Nationalfarbe, unauslöschlich eingeprägt und die Kinder, die den Strand Schwedens betreten haben, werden bis an ihr Lebensende die Eindrücke höchster und herzlichster Menschenliebe und Menschenfreundschaft nicht vergessen. VB. Winter schloß, indem er sich an die Kinder wendete; Nun liebe Kinder bitte ich mit mir als Ausdruck des Dankes einzustimmen in den Ruf, es lebe Schweden, es leben unsere lieben Schweden! )

Die Kinder brachen in lebhaften Hoch- und Hurrarufe aus, in welche auch die anderen Teilnehmer der Feier einstimmten. Einige Kinder sprachen dann noch im Namen der Kinder selbst Dankesworte und mit einem schwedischen Singreigen, den die Kinder aufführten, schloß die erhebende Weihnachtsfeier.